

DEMOKRATIE

Ansicht

3:21

Demokratie lebendig. Jenseits von Wahlen braucht eine Gesellschaft engagierte Demokratinnen und Demokraten für ein soziales Miteinander und um gegen demokratiefeindliche Tendenzen gefeit zu sein.



Liebe Leserin, lieber Leser,

in erste Überlegungen zu diesem Editorial platzen Mitte Juli die Meldungen von der Hochwasserkatastrophe in Teilen Westdeutschlands. Rasch wurde allen Beobachter*innen klar, welche massiven Wirkungen die Flutwellen hatten. Über 150 Menschen kamen ums Leben, Häuser und Autos wurden einfach weggespült; Tausende haben ihr Zuhause und Existenzen verloren. Die AWO hat umgehend reagiert. Die Angebote der AWO und von Kooperationspartner*innen stehen gemeinsam für Ratsuchende aus betroffenen Gebieten bereit. Auf der Seite 7 finden Sie dazu nähere Informationen. Ein eher indirekter, aber nicht unbedeutender Bezug zu unserem Heftthema wurde dann deutlich, als gefragt wurde, wie und wo die Menschen in betroffenen Hochwassergebieten denn bei der Bundestagswahl im September überhaupt ihre Stimme abgeben können. Eine bedeutsame Frage, die geklärt werden muss. Jan-Werner Müller macht im Interview deutlich, wie zentral Parteien und andere Vorfeldorganisationen für eine vitale repräsentative Demokratie sind.

Demokratie ist kein starres Gebilde, sondern erfordert eine vitale Zivilgesellschaft; Demokratie braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten; Demokratie muss immer auch eingeübt werden; Demokratie braucht Teilhabe. In diesem Zusammenhang präsentieren wir im Themenschwerpunkt des Heftes Projekte, die eine Frage eint: Wie können einerseits für die Menschen vor Ort und innerhalb der AWO Teilhabechancen ermöglicht werden und, andererseits, Teilhabemöglichkeiten für Interessierte durch die AWO angeboten werden. Ich wünsche Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Brigitte Döcker
Mitglied des Vorstands

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62 / 63 · 10961 Berlin
Tel 030 / 26309-0 · Fax 030 / 26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030 / 26309-4553 · Fax 030 / 26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker ·

Berit Gründler · Peter Kuleba v.i.s.d.P. ·
apl. Prof. Dr. jur. habil. Jens M. Schubert

Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer,
www.stephanie-roderer.de

Fotografie

Titel, 10, 11, 12 photocase.de / go2 · S. 3, 4, 5,
6 AWO Bundesverband · S. 4 AWO Bundes-
verband e. V., Christian Schneider · S. 5, 18
AWO Landesverband Bayern · S. 7, 16, 19, 20
shutterstock · S. 13 DEVI · S. 14 Princeton
University · S. 17 AWO Bezirksverband
Westliches Westfalen · S. 20 AWO Landes-
verband Mecklenburg-Vorpommern · S. 21
AWO Landesverband Sachsen · S. 22 privat

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

deVega Medien GmbH, Augsburg.
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit - GFA-COC-002292-MN





Lotte Lemke

LOTTE-LEMKE-ENGAGEMENTPREIS

Wir fördern Engagement. Jetzt bewerben!

Zum 3. Mal wird mit dem Lotte-Lemke-Engagementpreis kreatives und herausragendes Engagement gewürdigt. Ziel des Preises ist es, besonders herausragendes Engagement innerhalb der AWO zu würdigen. Bewerbungen können sich alle bis zum 15. Oktober 2021, die bei der AWO oder beim Jugendwerk der AWO ein ehrenamtliches Projekt begleiten oder leiten. Es können sich auch hauptamtlich initiierte oder begleitete Projekte bewerben, solange die Arbeit im Kern ehrenamtlich getragen wird. Auch Nominierungen von AWO-Projekten können eingereicht werden. Der Preis wird erstmals in drei Kategorien vergeben und sind mit jeweils 2.000 EURO dotiert:

1. Engagement wirkt: Projekte, die bereits seit Jahren erfolgreich umgesetzt werden.
2. Engagement innovativ: Neue Ideen und Projekte am Beginn der Umsetzung.
3. Engagement in der Corona-Krise: Kreativer Umgang mit den Herausforderungen der Pandemie.

➔ Alle Informationen rund um den Lotte-Lemke-Engagementpreis, die Teilnahmebedingungen sowie Bewerbungsunterlagen können der Homepage entnommen werden.

➔ Berit Gründler • engagementpreis@awo.org
awo.org/lotte-lemke-engagementpreis



BUNDESKONFERENZ 2021

AWO Bundesakademie jetzt Wilhelm-Schmidt-Bundesakademie

Im Rahmen einer feierlichen Abendveranstaltung würdigten unter anderem hochrangige Politiker*innen wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Olaf Scholz und Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil die Lebensleistung des scheidenden AWO-Präsidenten Wilhelm Schmidt.

Wilhelm Schmidt wurde für sein außerordentliches Engagement zum Ehrenvorsitzenden des Bundespräsidiums ernannt. Ebenso hatte das Präsidium des Bundesverbandes beschlossen, die AWO Bundesakademie in Wilhelm-Schmidt-Bundesakademie der AWO umzubenennen. Es soll damit unter anderem Schmidts stetiger Einsatz für den Dialog der Generationen und der Förderung von jungen Menschen zum Ausdruck kommen und angemessene Anerkennung finden.

➔ vorsitzender@awo.org



Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß wurden auf der Bundeskonferenz zur Präsidentin und zum Präsidenten des AWO Bundesverbandes gewählt.

BUNDESKONFERENZ 2021

Geehrtes Ehrenamt

Das AWO-Präsidium hat im Rahmen der Bundeskonferenz Mitglieder aus dem Gremium verabschiedet, geehrt und ihnen für das verdienstvolle Engagement ausdrücklich gedankt.

Eva Lemke-Schulte

- Seit November 2012 Mitglied im Präsidium des AWO Bundesverbandes, stv. Vorsitzende
- Seit 2008 Präsidentin der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bremen

Christiane Reckmann

- 1996 als Beisitzerin ehrenamtlich im AWO-Bundesvorstand, seit 2008 im Bundespräsidium engagiert
- Bundesvorsitzende des Familienverbandes Zukunftsforum Familie von 2002 bis 2020, Gründungsmitglied

Wilfried Pfeiffer

- Seit 2012 im Präsidium des AWO Bundesverbandes

Inge Höcker

- Seit 2016 Mitglied des Präsidiums

Anna Pfeiffer

- 2016 bis 2018 Vorsitzende des Bundesjugendwerks
- Seit 2018 Mitglied im Präsidium des AWO Bundesverbandes, zuvor über das Bundesjugendwerk im Präsidium präsent

Prof. Dr. Thomas Beyer

- Seit 2008 Mitglied und seit 2012 stv. Vorsitzender des Präsidiums des AWO Bundesverbandes
- Von 2004 bis 2021 Vorsitzender des AWO Landesverbandes Bayern

V.l.n.r.: Eva Lemke-Schulte, Christiane Reckmann, Wilfried Pfeiffer, Inge Höcker, Anna Pfeiffer, Prof. Dr. Thomas Beyer



BUNDESKONFERENZ 2021

Mit starker Stimme für Solidarität

Unter dem Motto »Demokratie sozial und gerecht. Mit uns.« tagte am 18. und 19. Juni die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt. 167 Delegierte und das Präsidium verabschiedeten wegweisende Beschlüsse und wählten erstmals eine Doppelspitze zum Vorsitz des Präsidiums: Kathrin Sonnenholzner und Michael Groß folgen Wilhelm Schmidt in seinem Amt, der zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde. Die Delegierten haben richtungsweisende Beschlüsse gefasst und wichtige Anpassungen in Satzung und Verbandsstatut vorgenommen.

In seinen Resolutionen hat sich der Verband zu sozialen Fragen positioniert. Insgesamt wurden 65 Anträge beraten, davon 48 fachpolitische Anträge. Beschlossen wurde unter anderem die Forderung auf Begrenzung der Eigenanteile, die Pflegebedürftige für ihre Versorgung selbst tragen müssen, und eine flächendeckende Tarifbindung für Pflegekräfte. Zudem setzt sich der Verband für eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung und ein Ende der Sanktionspraxis gegen Unter-25-Jährige im ALG2-Bezug ein, die bislang schnell bis zu 100 Prozent der Bezüge verlieren können. Auch bekräftigte er mit mehreren Beschlüssen sein Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung und für eine inklusive, vielfältige Gesellschaft. Mit der Verabschiedung des Leitantrags verpflichtete sich der Verband zudem dazu, seine Arbeit bis 2040 klimaneutral aufzustellen. »Wollen wir der Klimakrise noch etwas entgegensetzen, dann können wir schlicht keine Zeit mehr verlieren«, so AWO-Bundesvorsitzender Jens M. Schubert. »Mit ihren 18.000 Einrichtungen und Diensten steht auch die AWO in der gesellschaftlichen Verantwortung, dazu beizutragen, das Pariser Klimaziel zu erreichen. Das ist eine gewaltige, aber wichtige Aufgabe, die wir unmittelbar angehen werden.«



HISTORISCHES PORTRÄT

Dorothea Hirschfeld

1877–1966

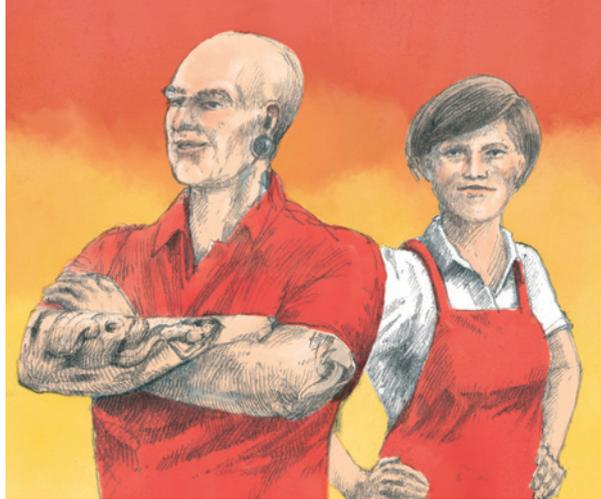
Dorothea Hirschfeld zählte bei der Gründung der AWO 1919 zu den Mitgliedern des Beirats des Hauptausschusses. Als erste Frau wurde sie Ministerialrätin im Reichsarbeitsministerium, wo sie von 1919 bis 1933 arbeitete. Sie prägte die AWO in der Aufbauphase mit richtungsweisenden Vorträgen und Aufsätzen. Ab 1925 leitete sie die Fachkommission »Allgemeine Fürsorge« des Hauptausschusses und war ab 1928 als Kuratoriumsmitglied und Dozentin der AWO Wohlfahrtsschule in Berlin tätig. 1933 wurde sie von den Nationalsozialisten aus allen Ämtern entlassen und 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Im August 1945 konnte sie nach Berlin zurückkehren. Im Kontext der AWO engagierte sie sich erneut als Kuratoriumsmitglied des Sozialpädagogischen Instituts in Berlin.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org

VERBAND

AWO gedenkt Doris Wagner

Präsidium und Vorstand des AWO Bundesverbandes trauern um Doris Wagner. Doris Wagner prägte und gestaltete die AWO über weite Teile ihres Lebens, dafür sind wir sehr dankbar. Bereits 1950 absolvierte sie ein erstes Vorpraktikum bei der AWO, anschließend war sie am Sozialarbeiterseminar der AWO in Mannheim tätig. 1964 nahm sie erstmalig eine Tätigkeit beim AWO Bundesverband auf. Nach einer kurzen Interimszeit beim Kreisjugendamt war sie von 1967 bis 1994 als Sachbearbeiterin, Referentin, Abteilungsleiterin und schließlich als stellvertretende Geschäftsführerin beim AWO Bundesverband aktiv. Doris Wagner repräsentierte die fachliche Seite der AWO sehr stark, sie war in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe wie auch in der Seniorenarbeit aktiv und setzte sich insbesondere für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. In den vergangenen Jahren engagierte sich Doris Wagner im Lotte-Lemke-Kreis und sorgte dafür, dass das Wissen um das Wirken der AWO zu Zeiten der Bonner Republik nicht in Vergessenheit geriet.



BUNDESTAGSWAHL

Der AWO Podcast

Die Bundestagswahl wird auch über die zukünftige Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft mitentschieden. Anlass genug, sich für wichtige demokratie- und sozialpolitische Themen starkzumachen! Unter dem Motto »Deutschland, Du kannst das!« begleiten wir den Wahlkampf mit sozial- und gesellschaftspolitischen Analysen und Forderungen. In 12 Podcast-Folgen fragen wir nach den Voraussetzungen für eine sozial gerechte Gesellschaft.

In unserem Podcast sprechen Menschen, die die fachliche Praxis der Sozialen Arbeit kennen, deren Stimmen in großen Talkshows aber oft ungehört bleiben: erfahrene Fachkräfte aus den AWO-Einrichtungen vor Ort – von der Pflege über die Jugendhilfe bis zur Kinderbetreuung und mehr.

Wir wollen wissen: Was braucht es für eine faire und sozial gerechte Gesellschaft? Welche Forderungen stellen Fachkräfte aus dem sozialen Bereich an die Politik? Welche Perspektiven darf eine gute Sozialpolitik nicht vergessen?

Der AWO Podcast ist am 9. Juli 2021 im Rahmen der 12-wöchigen Bundestagswahlkampagne gestartet. Zu den 12 Themen der Kampagnenwochen gehören 12 Podcast-Folgen. Jeden Freitag diskutieren die Beteiligten, was für ein sozial gerechtes Deutschland notwendig ist. Die 12 Folgen moderiert Holger Klein.

➔ www.awo.org/awo-podcast



Die AWO hat Doris Wagner viel zu verdanken. Sie wird ihr Wirken und ihren großen Einsatz für den Verband in Ehren halten.

Wie und wo geholfen wird

Psychologische Telefonberatung für Betroffene und Helfende: 0800 296 0000

Die zentrale Hotline der awo lifebalance ist mit geschultem Personal montags bis freitags von 8 bis 22 Uhr und samstags und sonntags von 9 bis 16 Uhr besetzt und steht kostenfrei als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Alle Gesprächsinhalte zwischen der Telefonberatung und den ratsuchenden Personen unterliegen der absoluten Schweigepflicht. Der Schutz aller personenbezogenen Daten nach den geltenden Datenschutzvorschriften ist jederzeit gewährleistet. Eine feste Ansprechperson steht auch bei notwendigen mehreren Beratungen zur Verfügung und empfiehlt im Bedarfsfall weiterführende therapeutische Angebote, um die psychischen Belastungen der Hochwasserkatastrophe zu bewältigen.

Soforthilfen in der Region

Bitte wenden Sie sich bei Fragen zur Soforthilfe an Ihren AWO-Verband. Dieser bestimmt sich nach Ihrem Wohnort. Die Soforthilfe, die über die AWO ausgezahlt wird, kann auch von Nichtmitgliedern beantragt werden. Eine Liste der AWO Landes- und Bezirksverbände finden Sie unter awo.org/ueber-uns/landes-und-bezirksverbaende.

Schuldner- und Insolvenzberatung

Die Hotline zur AWO-Schuldner*innen- und -Insolvenzberatung ist montags, mittwochs und donnerstags von 14 bis 16 Uhr geschaltet: 030/26309577.

Hotline Sozial- und Arbeitsrecht

In allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen hilft die Hotline unter 030/726222111 von AWO und SoVD unter Leitung des korporativen Mitglieds SoVD.

Anlaufstelle für Informationen zum Thema Flutopferhilfe und nötigenfalls Weitervermittlung an weitere bzw. zuständige Stellen montags bis donnerstags 8:30 Uhr bis 16:30 Uhr, freitags 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr.

Informationen und erste Hilfestellungen

Sollten sich dabei weitergehende sozialrechtliche Fragestellungen ergeben, zu denen der SoVD ohnehin im Rahmen seiner satzungsgemäßen Arbeit berät und vertritt, werden diese zuständigkeithalber zur weiteren Bearbeitung an die jeweils zuständigen Stellen weitergeleitet. Auch Nichtmitgliedern können dabei im Rahmen der in der Satzung angelegten Mildtätigkeit allgemeine Informationen zum weiteren Vorgehen in sozialrechtlichen Angelegenheiten vermittelt werden.



HELFEN SIE!

Hochwasser – Jetzt helfen

Die AWO, ihre Ehren- und Hauptamtlichen helfen jetzt vor Ort, wo es geht. Wir sorgen dafür, dass das nötige Geld für die Akuthilfe und den Wiederaufbau da ankommt, wo es benötigt wird. Wir wollen und werden nachhaltig und langfristig unterstützen. AWO Bundesverband und AWO International sammeln dafür gemeinsam Spenden. Helfen Sie uns helfen und spenden Sie jetzt!

➔ Spendenkonto: AWO International e. V.
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00
Bank für Sozialwirtschaft

➔ Spendenkonto: Aktion Deutschland Hilft
IBAN DE62 3702 0500 0000 1020 30
Bank für Sozialwirtschaft

➔ hochwasserhilfe@awo.org

Kostenlose Hotline Versicherer

Bei Versicherungsfragen melden Sie sich bitte unbedingt bei Ihrer Versicherung. Als zentrale Verbraucher*innen-Hotline geben die Versicherer die 0800 3399399 an.

Allgemeine Informationen rund um Versicherungsfragen im Kontext von Hochwasserschäden finden Sie auf www.die-versicherer.de.

Im Streitfall ist anzuraten, einen Fachanwalt oder eine Fachanwältin für Versicherungsrecht hinzuzuziehen. Diese*r kann auch prüfen, ob Sie einen Anspruch auf Beratungshilfe haben.

Gefahr durch Verschwörungen

Verschwörungstheorien oder Verschwörungsmmythen sind nichts Neues. Die Zahlen der »Mitte-Studie 2020/2021« zeigen nicht nur, wie verbreitet generell Verschwörungsmmythen sind, sondern wie diese auch im Zusammenhang mit der Pandemie eine Art Konjunktur erfahren. Sichtbar wurde dies vor allem im Zusammenhang mit den sogenannten »Querdenker«-Demonstrationen und verstärkt auch in Onlineforen.

Die meisten Teilnehmer*innen eint »ein tiefer Verschwörungsglaube, die feindselige Ablehnung von etablierten Institutionen wie Politik, Virologie und Medien. Auf Demonstrationen von Coronaleugner_innen wurden und werden nicht nur regelmäßig Hygienebestimmungen missachtet, es kommt auch zu geschichtsrevisionistischen Äußerungen, Einschüchterungsversuchen und gewalttätigen Übergriffen gegen Polizeibeamt_innen, Pressevertreter_innen und Gegen-demonstrant_innen« (Lamberty/Rees: 283).

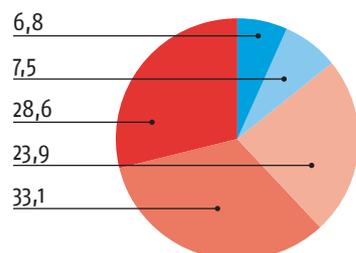
Generell, und erst Recht in Zeiten wie diesen, ist eine verlässliche, transparente und ehrliche Politik gefordert. Nur so kann dem schwindenden Vertrauensverlust in Institutionen wie Politik, Wissenschaft und Medien Einhalt geboten werden. Ebenso gefordert ist es eine vitale Gegenöffentlichkeit. Demokratischer Streit ist wichtig und richtig. Verschwörungsmmythen und die beschriebenen Auswirkungen haben damit aber nichts zu tun. Im Gegenteil: Sie gefährden mittel- bis langfristig die Demokratie. ❤️

Quelle: Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. 2021: Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Andreas Zick/ Beate Küpper (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021: 283-299.

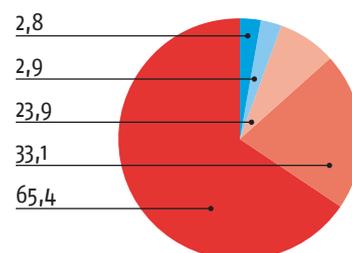
Demokratievertrauen 2020/21



Alles in allem vertraue ich den staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten in Deutschland.



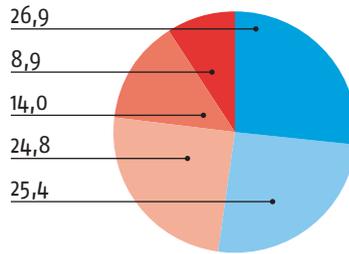
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland alles in allem korrekt durchgeführt werden.



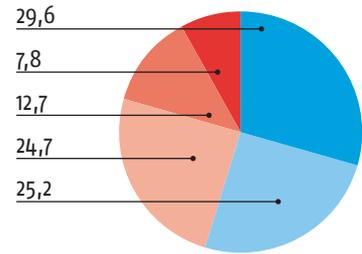
Verschwörungsmentalität
2020/21



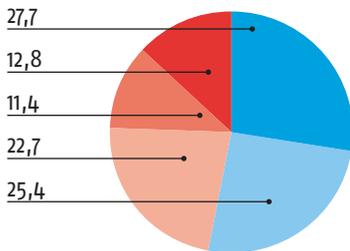
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluß auf politische Entscheidungen haben.



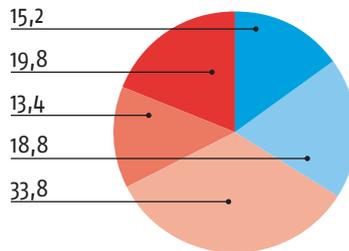
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten dahinterstehender Mächte.



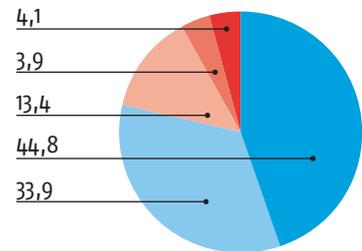
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.



Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten Experten.



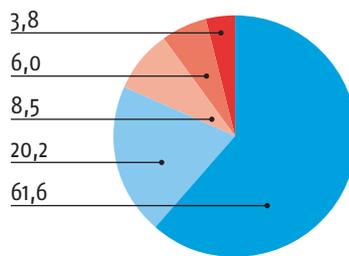
Studien, die einen Klimawandel belegen sind meist gefälscht.



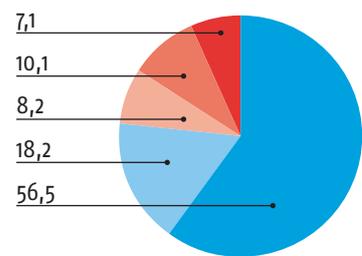
Zustimmung der Coronaverschwörungserzählungen 2020/21



Geheime Mächte sind für die Coronapandemie verantwortlich.



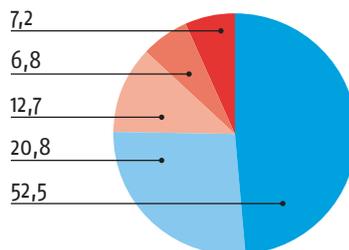
Die Coronapandemie wird genutzt, um Zwangsimpfungen einzuführen.



Prozentuale Zustimmung zur positiven Bewertung der Coronaproteste 2020/21



Ich finde die Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen gut.



- trifft überhaupt nicht zu
- trifft eher nicht zu
- teils / teils
- trifft eher zu
- trifft voll und ganz zu

RECHTE

E
VIELFALT

TEILHABE

FREIHEIT

WAHL

Teilhabe ermöglichen

Demokratie braucht eine vitale Zivilgesellschaft. Demokratie ist ohne Teilhabe nicht denkbar. Teilhabe ist zugleich voraussetzungs- und muss immer wieder ermöglicht und eingeübt werden. Wie kann das gehen kann? Antworten und Hinweise dazu im folgenden Themenschwerpunkt.

Für eine starke Demokratie

»Gemeinsam Demokratie stärken« ist der Leitgedanke der AWO »Zusammenhalt durch Teilhabe« Projekte, um unsere Grundwerte Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Toleranz aktiv zu leben und gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen.

AUTOR*INNEN SUSANNE BEYER UND PETER KULEBA

»Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle, ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen«, lautet es im Grundsatzprogramm der AWO. Dies erfordert im Alltag immer wieder aufs Neue das Üben demokratischer Teilhabe; Demokratie muss immer wieder praktiziert und gelebt werden, damit sie den Gegenwartsbezug nicht verliert.

Im Rahmen des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« werden bis Ende 2024 sechs Landes- und Bezirksverbände und der AWO Bundesverband gefördert, um haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende mit vielfältigen und kostenfreien Angeboten im Themenfeld Demokratiestärkung fortzubilden und beständig daran zu arbeiten, demokratische Praxis in allen Arbeitsfeldern des Verbandes zu leben und zu verankern. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Arbeit in strukturschwachen ländlichen Regionen. Im Mittelpunkt der Projektarbeit steht die Ausbildung und Stärkung von verbandsinternen Ansprechpartner*innen vor Ort, die in der Lage sind Konflikte mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu identifizieren und zu bearbeiten. Dabei sollen die Projekte präventiv, vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen agieren. Demokratie soll dort gefördert werden, wo sie entsteht: an der Basis. Aufbauend auf mehrere Jahre Erfahrungen in der aktiven Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtsextremismus und allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, übernimmt der AWO Bundesverband als Fachstelle die Vernetzung der sechs AWO Projektträger mit dem Ziel, Demokratiestärkung und Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsaufgaben im gesamten Verband zu verankern.

C

Damit wird nicht nur die Qualität der Vernetzung, der Qualifizierung und der Öffentlichkeitsarbeit der geförderten Projekte unterstützt, sondern auch das Knowhow bei relevanten Schlüsselakteuren aus unterschiedlichen AWO-Arbeitsfeldern im Umgang mit Demokratiegefährdung und zur Förderung von demokratischer Praxis verbreitet. Die Projektergebnisse und -erkenntnisse der Standorte werden damit fortlaufend in die Arbeit des gesamten Verbandes eingebracht und gemeinsam mit den Projektstandorten verschiedene Maßnahmen wie Fortbildungen und Publikationen geplant und umgesetzt. ❤️

➔ Mit der Homepage www.demokratie.awo.org und einem Projektnewsletter bündelt die Fachstelle »Zusammenhalt durch Teilhabe in der AWO« die Erfahrungen und Angebote im Themenfeld Demokratiestärkung für alle Interessierten.

➔ Kontakt: Fachstelle »Zusammenhalt durch Teilhabe in der AWO. AWO für Vielfalt und Engagement«
Susanne Beyer • Tel. +49 3026309-207
susanne.beyer@awo.org

➔ Informationen über aktuelle Angebote der Projekte und Anmeldung zum Newsletter unter:
www.demokratie.awo.org.

➔ Die Projekte werden gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe«.



Demokratie stärken. Vielfalt gestalten.

Akteur*innen aus der Praxis äußern immer wieder den Wunsch, die Themen Selbstreflexivität, Demokratiebildung, Vorurteilsbewusstsein, Partizipation und Vielfalt in den verbandlichen Strukturen und im Bereich Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege zu behandeln. Der AWO Bundesverband reagiert darauf mit dem in 2020 neu gestarteten DEVI-Projekt.

Inhaltlich greift es die Erfahrungen und Ergebnisse der vorangegangenen Projekte DEVI und Kivobe auf und bietet auf Basis des entstandenen Fortbildungscurriculum »Was Qualität in der Kindertagesbetreuung ausmacht – selbstreflexive und vorurteilsbewusste Demokratieentwicklung« Teamentwicklung in AWO Einrichtungen und fünftägige Fortbildungen den Praxis-Akteur*innen an. Flankiert werden die Projektthemen und Inhalte des Fortbildungscurriculum durch stetige Veröffentlichungen von Publikationen und Handreichungen.

Darüber hinaus werden im DEVI jährliche Fachtagungen zu aktuellen praxisrelevanten Themen durchgeführt.

DEVI ist ein Teilprojekt des Projekts »Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung«, einem gemeinsamen Projekt der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Es wird im Rahmen der zweiten Förderphase des Bundesprogramms »Demokratie leben!« (2020–2024) als Begleitprojekt gefördert und qualitativ weiterentwickelt.

➔ Jannes Hesterberg • jannes.hesterberg@awo.org
www.duvk.de



Kompetenzen gegen Alltagsrassismus

»Den Menschen im Blick. Kompetenzen gegen Rassismus und Diskriminierung in Beruf & Alltag«: Ein Trainingsbuch der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) liegt vor. Das Buch ist an der LMU gemeinsam mit Wissenschaftler*innen, Bildungspraktiker*innen, sowie mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der AWO entwickelt worden. Entstanden ist ein Fortbildungsprogramm für die Mitarbeitenden und Führungskräfte von städtischen Verwaltungen, Wohlfahrtsverbänden und Polizei.

➔ Britta Schellenberg (Hrsg.): Training Antidiskriminierung, Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main, November 2019, 224 Seiten, ISBN: 978-3-7344-0890-8, 24,90 Euro.

Freiheit braucht demokratische und soziale Sicherheiten

Zu den Gefahren für Demokratie und warum Parteien eine bedeutsame Rolle spielen müssen in einer repräsentativen Demokratie. Ein Interview mit dem Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller.

INTERVIEW PETER KULEBA

Herr Professor Müller, Teilhabe an der Gesellschaft bedarf auch einer ökonomischen Grundsicherheit für die Menschen. Ein funktionierender Sozialstaat mit seiner sozialen Absicherung für viele Menschen ist dabei zentral. Es gibt Untersuchungen, wonach die Wahlenthaltung mit der Anzahl von Arbeitslosengeld-II-Empfänger*innen in den jeweiligen Wohngebieten zusammenhängt. Kann man sagen, dass dies eine Form von Unfreiheit ist, die auf materiellen Einschränkungen oder Benachteiligung beruht und sich damit zu politischer Ungleichheit entwickelt?

MÜLLER Das kann man in der Tat so sagen. Und vor allem ist das Ganze auch ein Teufelskreis. Weil – sehr pauschal gesagt – untere Schichten nicht mehr partizipieren, meinen bestimmte Parteien wiederum, dass sie sich für die Betroffenen nicht mehr einsetzen müssen, da diese Gruppen sowieso nicht wählen gehen. Es bekommt also irgendwann einen systemischen Charakter. Gelingt es nicht, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wird es potenziell immer schlimmer. Wir können zudem eine doppelte Sezession beobachten.

Was meinen Sie damit?

MÜLLER Schaut man sich die sogenannten Schichten ganz unten an, so wird viel zu oft behauptet, die Arbeiter seien alle fremdenfeindlich und wählen Rechtspopulisten. Das stimmt in vielen Fällen nicht, denn sie wählen überhaupt nicht mehr, weil sie das Gefühl haben, dass für sie gar keine politischen Angebote dabei sind. Dieser Tatbestand deutet in eine ganz andere Richtung als Zuschreibungen der Art: »Unsere rassistischen Träume erfüllen sich jetzt, weil wir endlich so was wie die AfD wählen

können!« Das ist die eine Sezession. Die andere ist eine ganz oben; von Leuten, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag verabschiedet haben, buchstäblich oder im übertragenen Sinne in Gated Communities leben oder sich aus dem Gesamtzusammenhang der Gesellschaft rauskaufen können. Es existieren wichtige Unterschiede zwischen einzelnen Ländern, aber die Grunddynamik ist oft ähnlich. Diese Dynamiken verstärken sich, eben weil – denken Sie an die USA – Hochvermögende beträchtlich auf Politik Einfluss nehmen können. Das ist jedoch keineswegs naturgegeben oder entwickelt sich automatisch. Dahinter stehen immer politische Entscheidungen, die eben auch anders ausfallen könnten.

Sind diese einflussreichen Menschen die eigentlichen Eliten?

MÜLLER Es gibt eine starke Tendenz, Eliten so zu verstehen, dass sie liberal, kosmopolitisch, in der ganzen Welt zu Hause sind und überall arbeiten können. Ich würde jedoch darauf hinweisen, dass viele der Entscheidungsträger, der wirklichen Entscheidungsträger, nicht so sehr Sprech-Eliten in Universitäten oder Medien sind, sondern auch und vor allem Menschen in der Verwaltung, in der Finanzindustrie und Wirtschaft, und diese Eliten wiederum immer noch sehr nationale Karrierewege haben – und auch sehr im nationalen Rahmen (nicht notwendigerweise nationalistisch!) denken. Der große Fehler besteht darin, dass zum Teil Linke und Liberale im weitesten Sinne völlig unkritisch die große kulturkämpferische Erzählung der Rechten übernehmen und sagen: Wir haben uns von den einfachen Leuten entfernt, wir sind nur noch moralisch abgehobene Vielflieger und müssten wieder bodenständiger werden.

Es ist wichtig, hier nicht einfach bei kulturkämpferischen Narrativen einzusteigen, sondern genauer hinzusehen: Es geht demnach immer noch sehr viel mehr um ganz traditionelle, ganz nationale Eliten, die man auch viel stärker nationalstaatlich verantwortlich machen und zur Rechenschaft ziehen könnte.



Der Politikwissenschaftler Adam Przeworski spricht von einer Demokratie, wenn die Bürger*innen mittels Wahlen eine Regierung abwählen können. Das erfordert Rechtsstaatlichkeit, Reduzierung von Ungleichheiten, keine Repression in der Zivilgesellschaft. Wie beschädigt ist in diesem Sinne etwa eine Demokratie wie die USA?

MÜLLER Sicherlich ist schon sehr viel beschädigt. Ein ganz entscheidender Gesichtspunkt in den USA ist die Frage, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger überhaupt wählen können, um somit auf Wahlausgänge bei einer nächsten Wahl reagieren zu können. Das Einschränken von Wahlmöglichkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen durch Änderung der Wahlgesetz wird ja von den Republikanern massiv vorangetrieben. Auch in Europa ist das nicht völlig unbekannt. Viktor Orbán hat eine ganze Reihe von Hindernissen aufgebaut, damit bestimmte Leute nur schwer wählen können. Wenn ich etwa in Siebenbürgen als Ungarischstämmiger wählen möchte, ist das sehr einfach. Wenn ich aber als jemand, der Ungarn Richtung Großbritannien verlassen hat, wählen möchte, kann das sehr schwierig werden. Offiziell wird das Wahlrecht natürlich nicht entzogen, es wird aber ein Hindernis-Parcours aufgebaut, um sicherzustellen, dass die »falschen« Leute es zumindest sehr schwierig haben. In Großbritannien existiert ebenso wie in den

»Ein ganz entscheidender Gesichtspunkt in den USA ist die Frage, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger überhaupt wählen können, um somit auf Wahlausgänge bei einer nächsten Wahl reagieren zu können.«

USA de facto kein Wahlbetrug, aber auch dort will Boris Johnson neue Hürden errichten, und es gibt Hinweise, wonach Minderheiten es unter Umständen als schwieriger empfinden zu wählen, weil sie befürchten, in Schwierigkeiten zu kommen, wenn ihnen im Zuge des Wahlgangs unangenehme Fragen gestellt werden könnten. Das mag alles nicht so dramatisch klingen, die Instrumente, um es Leuten schwerer zu machen, können aber einen Effekt haben – und schaden eben der Demokratie.

Wenn rechte Politiker*innen an der Regierung sind, beginnen sie damit, die Judikative zu schwächen und auch zivilgesellschaftliche Regungen zu unterdrücken. Ist dies letztlich ein Schema des Rechtspopulismus, sobald ihre Vertreter*innen an der Regierung sind?

MÜLLER Sicher gibt es etwas, das man als eine rechtspopulistische Regierungskunst bezeichnen kann. Nicht, weil die Gründe für den Aufstieg dieser Führungsfiguren identisch sind. Im Gegenteil: Die Gründe für den Aufstieg eines Erdogan sind sicherlich andere als die für den Aufstieg von Jean-Marie Le Pen in den 1980er-Jahren. Aber diese Akteure können voneinander lernen. Es gibt zum Beispiel in Ungarn kein Verbot, Orbán zu kritisieren. Es ist ja nicht so, als würden all diese Regime offiziell Freiheit einfach abschaffen wollen. Sie haben verstanden, dass Freiheit immer eine gesamtgesellschaftlich-strukturelle Dimension hat. Setzt man dort an, kann man autoritäre Maßnahmen einführen und dennoch als halbwegs demokratisch wahrgenommen werden. So können natürlich Regimegegner*innen auf Blogs Orbán immer noch kritisieren. Gleichzeitig wissen aber alle, dass die strukturellen Veränderungen so gravierend sind, dass für dieses Internet-Portal nur eine ganz



PROFESSOR JAN-WERNER MÜLLER

lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University. Im Frühsommer dieses Jahres ist sein aktuelles Buch »Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit« im Suhrkamp Verlag erschienen.

jmueller@princeton.edu

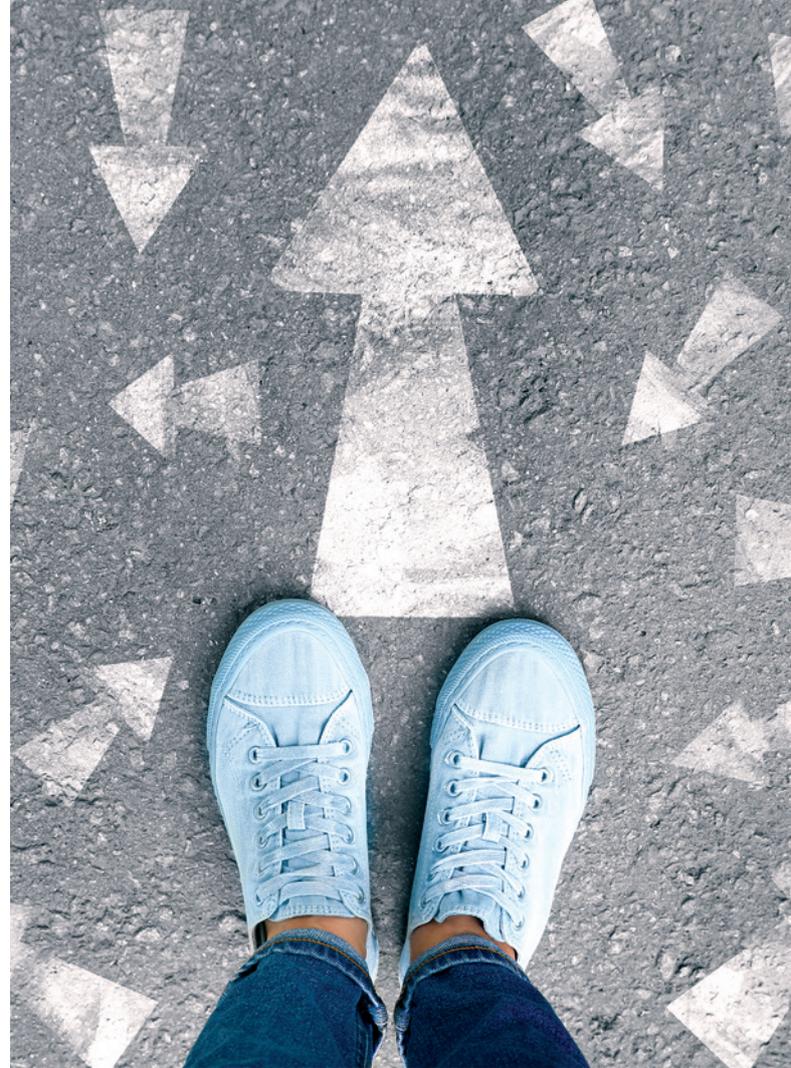
kleine Klientel zur Verfügung steht. Denn bei aller Aufregung über die sozialen Netzwerke und den digitalen Raum sind traditionelle Medien – seien es Print, Radio und vor allem Fernsehen – immer noch unglaublich wichtig. Daher übernahmen Putin, Orbán und Co auch so zügig die öffentlich-rechtlichen Medien in ihren Staaten.

Könnte man es sich nicht leicht machen und sagen: Demokrat*innen müssen solche potenziellen Antidemokrat*innen einfach aushalten?

MÜLLER Das Problem ist, dass diese Antidemokrat*innen schon an der Macht sind. Es gibt schwarz auf weiß Belege dafür, wie Demokratie ausgehöhlt, wenn nicht zum Teil bereits abgeschafft wurde. Und das hat wiederum Auswirkungen auf alle Staaten in Europa. Man kann es den europäischen Führungsfiguren zum Vorwurf machen, dass diese Grundgedanken, wonach etwa polnische und ungarische Gerichte auch europäische Gerichte sind, wonach Gerichte sich gegenseitig vertrauen sollten, wonach im Europäischen Rat nur Demokrat*innen zusammenkommen, nicht mehr überall gelten. Und anstatt diese Verschiebungen in den Vordergrund zu stellen, wurden sie als ein paar regionale Probleme der vermeintlich politisch unterentwickelten Osteuropäer*innen behandelt. Dabei ist allen Beteiligten klar: Es ist automatisch ein europäisches Problem, das alle betrifft, und es geht wirklich an die Grundfesten.

Sie setzen prinzipiell Hoffnung in das Funktionieren politischer Parteien innerhalb einer repräsentativen Demokratie. Dazu gehört natürlich auch eine funktionierende Organisationsstruktur vor Ort. In Ostdeutschland sind die meisten Parteien relativ schlecht verankert. Wie könnte eine Zivilgesellschaft – auch mit Blick auf die Parteien – so gestärkt werden, dass es attraktive politische Beteiligungsoptionen für die Menschen gibt?

MÜLLER Ich würde zwei Aspekte hervorheben. Erstens: Es ist wichtig, dass Parteien nicht nur Mitglieder haben, sondern dass es auch eine lebendige innerparteiliche Demokratie gibt. Gleichzeitig wissen wir aber auch, wie langweilig und aufreibend es sein kann, sich in Parteien zu engagieren. Das sind



Parteien sind unverzichtbar, sie haben aber auch keine Monopolstellung für politische Teilhabe. Es kann und sollte auch in der Zivilgesellschaft etwas passieren.

Probleme, die man nicht unter den Tisch kehren sollte. Die Parteien selbst müssen sich überlegen, welche Partizipationsformate sie wirklich wollen und anbieten können.

Parteien sind unverzichtbar, sie haben aber auch keine Monopolstellung. Von daher kann, zweitens, auch anderweitig in der Zivilgesellschaft etwas passieren. Man kann extrem engagiert sein und mit Parteien nichts am Hut haben wollen. Insofern kann man die Frage nach Mitgliederschwund nicht isoliert betrachten. Deutschland ist in dieser Hinsicht, mit Verlaub, aber auch immer noch gut aufgestellt. Die Tatsache, dass immer wieder Kleinstparteien gegründet werden, ist aus meiner Sicht zunächst ein gutes Zeichen und zeigt auch, dass es immer noch andere Möglichkeiten jenseits dieser bekannten Möglichkeiten bei den älteren Parteien gibt. ❤️

➡ Die Langfassung des Interviews befindet sich im Sonderband 2021 der Fachzeitschrift Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP), der im September 2021 bei BeltzJuventa erscheint. Die Redaktion dankt dem Autor und der TUP-Redaktion für die Ermöglichung einer Kurzfassung für diese Ausgabe.

»Das Problem ist, dass diese Antidemokrat*innen schon an der Macht sind. Es gibt schwarz auf weiß Belege dafür, wie Demokratie ausgehöhlt, wenn nicht zum Teil bereits abgeschafft wurde.«

Zukunft mit Herz gestalten!

Das Projekt »Zukunft mit Herz gestalten!« fördert ein respektvolles und demokratisches Miteinander in Haupt- und Ehrenamt der AWO und engagiert sich im Bezirksverband Westliches Westfalen für gelebte AWO-Werte wie Solidarität oder Toleranz und gegen Ausgrenzung und Rechtspopulismus. Das Projektteam organisiert im »Impulsbüro Respekt und Demokratie« Bildungsangebote und berät in Konfliktfällen, bei denen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder gesellschaftspolitische Themen eine Rolle spielen.

Das Projekt wird einerseits präventiv tätig, z.B. durch Seminar- oder Workshopangebote, in denen für Themen wie Rassismus, Homophobie oder Sexismus sensibilisiert wird. Andererseits beraten die Kolleg*innen ganzheitlich und lösungsorientiert bei Konflikten rund um antidemokratisches, diskriminierendes Verhalten. Gefragt sind unter anderem folgende Seminare und Workshops:

- »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...« Ein Argumentationstraining gegen menschenfeindliche Parolen und Haltungen.
- »Demokratie – alles eine Frage der Haltung!?« Das eigene Demokratieverständnis reflektieren, vertiefen, festigen.
- »Wir alle machen soziale Arbeit!« ... dabei begegnen uns neue Herausforderungen durch undemokratische Einflüsse und Strömungen. In diesem Seminar wollen wir sie benennen und reflektieren.
- »... weil Kevin ein Name ist und keine Diagnose!« Ein Seminar zum Thema Klassismus, der Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft.
- »Fair bleiben in Zeiten von Corona!?« Dieser Workshop versucht, die Thematik ein wenig zu ordnen, und bietet Raum zum Reflektieren und Diskutieren.
- »Verschwörungserzählungen (in digitalen Medien)« Was macht Verschwörungserzählungen aus? Was macht sie gefährlich? Und kann man sie überhaupt von legitimer Kritik unterscheiden?

Im Rahmen des Projekts wird zudem die mehrtägige interne Multiplikator*innen-Weiterbildung »Menschenfreundlich handeln« umgesetzt. Pro Durchgang werden rund 15 Haupt- oder Ehrenamtliche der AWO zu »Demokratieförder*innen« ausgebildet.

Darüber hinaus hat das Projektteam einige »Demokratinment«-Methoden entwickelt. Zum Beispiel den »Demokraturm«, dessen Steine gesellschaftliche Elemente repräsentieren, ein Demokratie-Quiz oder das Spiel »Würdest du was sagen?« zur Einordnung von Parolen und Vorurteilen. Diese bieten einen lockeren Einstieg zu den Themen Demokratie(feindlichkeit) oder AWO-Werte und eignen sich hervorragend für den Einsatz bei Veranstaltungen, Info-Ständen oder Tagungen vor Ort. ❤️

➔ Sigrid Pranke, Marian Thöne und Lena Berentzen • Tel 0231 / 9934129
s.pranke@awo-dortmund.de
m.thoene@awo-dortmund.de
l.berentzen@awo-dortmund.de

Der Bau eines »Demokratieturms«, dessen Steine gesellschaftliche Elemente repräsentieren, als ein Übungsteil in der Fortbildung.





Ziel des Projektes ist es, Demokratie, Dialog und Engagement in der AWO zu stärken, neue Partizipations- und Teilhabe-Formate zu etablieren und Extremismusprävention zu leisten.

Mit fünf digitalen »AWO-Demokratiewerkstätten« bietet das Projekt eine ganz besondere themenspezifische Mitgestaltungs-, Fortbildungs- und Austauschmöglichkeit, die Interessierten ein flexibles Engagement ermöglichen. In den monatlichen Online-Treffen der einzelnen »AWO-Demokratiewerkstätten« halten Expert*innen Kurz-Fortbildungen zu aktuellen Fragestellungen. Neben der Weiterbildung soll mit diesem Format auch eine Plattform geschaffen werden, auf der sich die Teilnehmer*innen zu den jeweiligen Themen austauschen, diskutieren und vernetzen können. Im Team Politischer Lesezirkel wird beispielsweise jeden Monat gemeinsam ein Buch (Sachbücher, aber auch Romane) mit politischem Kontext besprochen, im AWO Demokratiechor wird jeden Monat gemeinsam online für die Demokratie gesungen. Darüber hinaus gibt es die Teams Toleranz, Erinnerungskultur sowie Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Mitglieder der jeweiligen Teams können die Themenauswahl mitbestimmen und eigene Ideen einbringen und umsetzen. Gemeinsam werden auch Aktionen und Veranstaltungen geplant, um aktiv ins Handeln zu kommen. Ein Einstieg in die Teams ist jederzeit möglich, und auch eine einmalige oder unregelmäßige Teilnahme ist möglich. ❤️

➔ Julia Gerecke • Tel 089 / 546754-140
zdt@awo-bayern.de



Mit der »Bank gegen Rassismus« setzt das Projekt ein wichtiges Zeichen. Jede*r kann sich auf der Bank (coronakonform) fotografieren lassen und so zeigen, dass man selbst keinen Platz für Rassismus hat.

AWO LANDESVERBAND BAYERN

AWO l(i)ebt Demokratie

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Prozess, der kontinuierlich Engagement und Demokratiekompetenzen erfordert – und genau hier setzt das Projekt »AWO l(i)ebt Demokratie« der bayerischen AWO an.

Ziel des Projektes ist es, Demokratie, Dialog und Engagement in der AWO zu stärken, neue Partizipations- und Teilhabe-Formate zu etablieren und Extremismusprävention zu leisten. Umgesetzt wird dies mit vielfältigen (digitalen) Veranstaltungen und Fortbildungen der Politischen Bildung, neuen Partizipations-Angeboten, Impulsen für eine AWO-Wertedebatte und mit der Ausbildung von »Demokratiepartner*innen«. Zudem wird im Verlauf des Projektes ein Unterstützungsangebot bei diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen aufgebaut.

Dabei richtet sich das Projekt an ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter*innen der (bayerischen) AWO, steht aber auch bislang noch nicht in der AWO aktiven Interessierten offen.

Das Aktionsbüro Demokratie koordiniert und organisiert bedarfsgerecht Veranstaltungen, Workshops oder Aktionen rund um das Thema »Demokratie« in AWO-Einrichtungen und -Gliederungen und setzt die Ausbildung und nachhaltige Begleitung von verbandsinternen »Demokratiepartner*innen« um. Das Aktionsbüro ist außerdem eine Anlaufstelle, an die sich AWO-Aktive bei Konfliktsituationen im Kontext von antidemokratischen Vorfällen und Diskriminierung wenden können.



Ausbau demokratie-fördernder Strukturen

Das Projekt »ZukunftsChancen – Ausbau demokratiefördernder Strukturen« setzt sich für mehr Teilhabe von Menschen und die Etablierung demokratischer, partizipativer Strukturen im AWO Landesverband Thüringen ein. Durch mehr Teilhabe soll der Verband auch in Zukunft seine selbst auferlegte Aufgabe, Menschen in allen Lebenslagen zu unterstützen und ihnen zu helfen, meistern können. Hierfür ist es nötig, Demokratie und Partizipation im Verband zu stärken. Nur so wird eine Begegnung auf Augenhöhe möglich.

Daher setzt sich das Projekt aktiv für die innerverbandliche Auseinandersetzung und klare Positionierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit ein. Hierzu werden Veranstaltungen, Workshops und ähnliche Formate organisiert, die zur Sensibilisierung des Haupt- und Ehrenamts des AWO Landesverbandes beitragen.

Im Rahmen des Projektes erfolgt auch eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema »Werte-basierter Wohlfahrtsverband«. Dabei werden kontinuierlich Maßnahmen und Handlungsempfehlungen erarbeitet, die befördern, dass die Werte und das Leitbild der AWO in der alltäglichen Arbeit des Haupt- und Ehrenamts gelebt werden.

Für die nächsten Jahre ist eine enge Zusammenarbeit mit einigen Kreisverbänden geplant, um dort Strategien gegen Diskriminierung und Modelle der Partizipation zu entwickeln, die sich einfach und passgenau auf andere Kreisverbände übertragen lassen. Außerdem wird eine Antidiskriminierungsstruktur aufgebaut, die es Betroffenen erleichtert, sich Unterstützung suchen zu können.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Projektes engagierte Menschen aus der AWO zu »Zukunfts-Förder*innen« ausgebildet, die zu den Themen Demokratieförderung, Konfliktmanagement, Partizipation sowie Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen und Diskriminierung beraten und Handwerkszeug vermitteln können. Sie werden in der systemischen Beratung geschult, befassen sich mit den Grundlagen des vielfaltssensiblen Umgangs und Antidiskriminierung und erlernen

Methoden der Konfliktbearbeitung, Moderationstechniken sowie Möglichkeiten, Veränderungsprozesse zu gestalten.

Das Projektteam berät und begleitet außerdem Einzelpersonen und Einrichtungen des AWO Landesverbandes Thüringen und seiner Untergliederungen unter anderem zu Themen wie Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rechtsextremismus und Neue Rechte, Aktivierung und Beteiligung und vielfaltsensible Kommunikation. Haupt- und Ehrenamtliche sollen mit diesen Angeboten angeregt werden, sich aktiv mit den Themenkomplexen Vielfalt und menschenverachtende Einstellungen zu beschäftigen und eine Auseinandersetzung darüber in den Einrichtungen und Gliederungen voranzutreiben. ❤

➔ Nadja Körner, Laura Kleb, Antje Piehl
Tel 0361/51149627 • awo-toleranz@awo-thueringen.de

Das Projektteam berät Einzelpersonen und Einrichtungen des AWO Landesverbandes Thüringen und seiner Untergliederungen zu Themen wie Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rechtsextremismus oder vielfaltsensible Kommunikation.



Für Demokratie, gegen rechts



Die Vorsitzende des AWO Landesverbandes Sachsen Margit Wehnert über die Gefahren des Rechtsextremismus für die Demokratie und was dagegen vor Ort getan werden kann und muss.

INTERVIEW PETER KULEBA



MARGIT WEHNERT

ist Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Mitglied im Präsidium des Bundesverbandes und langjährige Vorsitzende der Kommission gegen Rechtsextremismus beim AWO Bundesverband.

➔ landesverband.kontakt@awo-sachsen.de
www.awo-sachsen.de

1 Wird Rechtsextremismus immer noch unterschätzt und wenn ja, warum?

Ja, auch wenn die Sensibilität für das Thema, insbesondere bei der Landesregierung und den Kommunen in Sachsen gestiegen ist. Rechtsextremismus bleibt das größte Problem im Freistaat. Wir haben hier so viele Rechtsradikale wie seit Jahren nicht. Das ist eine große Gefahr für die Demokratie. Viele Initiativen und Verbände haben seit Jahren auf diese Gefahr aufmerksam gemacht, erreichten aber nur punktuell die Zivilgesellschaft. Gleichzeitig rücken rechte Positionen immer weiter in die Mitte der Gesellschaft. Sätze, die man vor einigen Jahren nur am rechten Rand laut aussprach, sind verstärkt in den letzten sechs Jahren salonfähig geworden, z.B. »Die kommen nur in unser Land, um es sich auf Kosten des Sozialstaates gutgehen zu lassen« Gern flankiert mit dem Satz: »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«. Corona hat dieses Phänomen leider noch verstärkt. So mischten sich AfD- und NPD-Kader konsequent unter die Coronaproteste in Sachsen und verbreiteten ihre rechten Parolen. Ein großes Problem dabei: Rechte Positionen werden in Teilen aller Bevölkerungsschichten häufig nicht als solche wahrgenommen, sondern immer öfter als Position der bürgerlichen Mitte und damit gesellschaftlich akzeptiert. Die Übergänge vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus sind dabei fließend.

2 Was kann, was muss gegen rechts und für Demokratie getan werden?

Wichtig ist es, Einstellungen, die hinter rechtem Gedankengut stehen, – z.B. die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die Aufwertung der eigenen Nation, Vorurteile und Diskriminierung gegen anders aussehende und andersdenkende Menschen – zu erkennen und sich klar und kritisch damit auseinanderzusetzen, solches nicht unwidersprochen zu lassen. Andererseits ist es wichtig, Menschen

Beteiligungsangebote zu unterbreiten und zivilgesellschaftliches Handeln zu unterstützen und anzuerkennen. Es muss das Signal ausgehen: Es ist wichtig und gut, wenn du dich einbringst. Dafür sind Landesregierung, Kommunen, Parlamente, ja alle Arbeitgeber*innen in der Verantwortung! Initiativen und Angebote zur demokratischen Beteiligung können unterstützen und begleiten.

3 Inwieweit ist die AWO eine wichtige Akteurin für Vielfalt und Demokratie?

Als wertebundener Verband ist es eine Selbstverständlichkeit, sich für ein demokratisches Miteinander in unserer Gesellschaft einzusetzen. Unser Leitsatz »Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt« ist für uns Programm und Richtschnur unseres Handelns. Seit zehn Jahren unterstützen wir unsere Gliederungen über das bundesfinanzierte Projekt »Mit Wirkung und sind Gründungsmitglied im »Bündnis gegen Rassismus« in Sachsen. Unsere diesjährige Landeskonferenz hat die Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe verankert. Eine neue AG Demokratie unterstützt die politische Netzwerkarbeit und fördert die Diversität innerhalb der AWO. Gleichzeitig sehen wir uns als Partner der Kommunen, Verbände und Initiativen bei der Aufklärung und im Kampf gegen Rechtsextremismus. ❤️

Keine Teilzeit-Parlamentarier

Die Bürger*innen haben Anspruch auf die ganze Kraft ihrer Repräsentanten, so Sven Osterberg in seinem Kommentar über Bundestagsabgeordnete mit zahlreichen Nebentätigkeiten.

AUTOR SVEN OSTERBERG

Im Deutschen Bundestag gibt es einige wenige Abgeordnete, die es schaffen, neben ihrem Mandat verschiedenste Nebentätigkeiten auszuführen. Das ist nicht nur erstaunlich, es muss auch stutzig machen. Werden eigene Interessen oder gar spezielle Interessen Dritter bevorzugt, so dass der grundgesetzliche Auftrag, »Abgeordneter des ganzen Volkes« zu sein, aus dem Blick gerät? Diese Abgeordneten bedienen den verbreiteten Verdacht, auf eigene Rechnung, für andere oder beides, nicht aber für das Allgemeinwohl zu arbeiten. Sie schaden dem Parlament als Ganzes und der Mehrheit der Abgeordneten, die sich vollkommen auf das Mandat konzentrieren.

Die Nebentätigkeiten selbst sind das Problem. Das Verlangen nach mehr Transparenz ist keine Lösung, denn wir wissen über die Webseite des Deutschen Bundestages schon sehr viel. Vielmehr muss der Bundestag die Praxis ändern. Er hat es in der Hand den Umfang der Nebentätigkeiten einzuschränken, bestimmte Nebentätigkeiten ganz auszuschließen.

Eine komplexe Tätigkeit

Die Abgeordneten sollen unsere Demokratie durch die Globalisierung steuern, die Klimakatastrophe verhindern, vor einem Virus schützen, die Staatsschulden abbauen, die sozialen Sicherungssysteme demografiefest machen, Kriege verhindern. Das ist eine anspruchsvolle und hochkomplexe Arbeit, die die ganze Frau und den ganzen Mann fordert. Wir



SVEN OSTERBERG

arbeitet als Sozialwissenschaftler und Publizist in Berlin. Aktuell hat er für die Otto-Brenner-Stiftung die Studie »Aufstocker im Bundestag IV – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode« verfasst.

➔ sven@praxis-osterberg.de

brauchen Berufspolitiker auf Zeit mit hoher Kompetenz und professionellem Ethos und keine Teilzeitparlamentarier*innen.

Die Bürger*innen haben Anspruch auf die ganze Kraft ihrer Repräsentant*innen. Dafür bezahlen sie die Mandatsträger*innen. Die Perspektive des Souveräns hat Vorrang vor den individuellen Interessen. Niemand ist gezwungen Abgeordneter zu werden. Es kann keinen Beruf neben dem Mandat geben. Das ist bei der Komplexität der Aufgabe von Abgeordneten völlig unrealistisch. Wer Nebenverdienste wichtiger findet als den grundgesetzlichen Auftrag, darf draußen bleiben.

In der Gesellschaft verankert

Abgeordnete, die abgehoben sind und nicht wissen, was sich in der Gesellschaft abspielt, kann der Souverän aber auch nicht wollen. Alles, was die Abgeordneten als Repräsentant*innen des ganzen Volkes stärkt und profiliert ist erwünscht. Ehrenamtliche Tätigkeiten in gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Stiftungen sind der Sache dienlich, aber Tätigkeiten für Unternehmen und Organisationen, die im Lobbyregister geführt werden, sollten ausgeschlossen werden.

Es geht um nicht weniger als einen Modernisierungsschub der repräsentativen Demokratie, in der die Furcht vor Berufspolitikern längst der Sorge gewichen ist, man habe es im Parlament mit Abgeordneten zu tun, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind oder nur mit halber oder gar weniger Kraft ihr Mandat ausüben. Sie sind gut zu bezahlen und sozial abzusichern, um ihr Mandat und ihre Unabhängigkeit zu stärken. ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Politischer Umbruch?! Deutschland nach der Wahl.

Was jetzt für einen zukunftsfesten Sozialstaat nötig ist.

